

## ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

## (1) Die "chinesische Karte" spielen

Nach Meinung der Moskauer "Nowosti" ist der Wortschatz der internationalen Politik durch einen neuen Ausdruck bereichert worden, nämlich den Terminus "chinesische Karte". Die Glücksspieler unter den Westmächten wollten mit dieser Karte gegen die Sowjetunion pokern (BPA/Ostinfo, 17.1.79).

Was die "Neuheit" des Ausdrucks anbelangt, so irrt Nowosti. Er wurde bereits im Februar 1972 von der Iswestija benutzt.

Der Ausdruck tauchte neuerdings in einem doppelten Zusammenhang wieder auf.

a) Zum einen befürchtet die Sowjetunion, daß westliche Waffenlieferungen zunehmend nach China fließen und dort nicht nur das konventionelle, sondern auch das nukleare Potential stärken. Vor allem einer der Hauptrepräsentanten der US-Falken, Senator Jackson, der zugleich ein "Lobbyist für große Flugzeugfabriken ist", wolle sich nicht nur an einem lukrativen Waffengeschäft beteiligen, sondern zugleich auch noch - auf politischer Ebene - die "chinesische Karte" spielen. Dies zwingt die Sowjetunion zu Konsequenzen.

b) Mitte Januar fand in Moskau ein dreitägiges Symposium zum Thema "Bundesrepublik Deutschland und UdSSR, wirtschaftliche und politische Perspektiven in den achtziger Jahren" statt, das vom "Bergedorfer Gesprächskreis" und vom sowjetischen "Friedenskomitee" gemeinsam veranstaltet wurde. Zu den deutschen Teilnehmern zählten u.a. der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dohnanyi, und der CDU-Spitzenkandidat für die Wahlen in Westberlin, Weizsäcker. Dohnanyi machte in seinem Referat deutlich, daß die Bundesregierung die Entspannung wünsche. Dies hindere Bonn keineswegs daran, auch "gute und normale Beziehungen" zur Volksrepublik China zu unterhalten. Bonn wolle zu Peking und zu Moskau gleich gute Beziehungen unterhalten. Wörtlich: "Wir werden unsererseits alles tun, damit diese tiefgreifende Bewegung in der Dritten Welt nicht negativ auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion oder auf die unvollendete Entspannung durchschlägt. Die Politik der Bundesregierung kennt keine 'chinesische Karte'. Wir werden keine Waffen an China liefern." (FAZ, 25.1.79)

Am 11. Januar betonte auch Verteidigungsminister Hans Apel in Stuttgart, daß die Bundesrepublik nicht bereit sei, die VR China mit Waffen zu beliefern ("Spannungsgebiet"). Außerdem hätten die Chinesen auch noch nicht um solche Lieferungen angesucht.

Ähnlich wie der Verteidigungsminister äußerte sich auch der Bundeskanzler bei seiner Rückkehr vom Gipfeltreffen von Jamaika und Guadeloupe. Die Bundesrepublik werde schon deshalb keine Waffen an die

VR China liefern, weil Peking dies gar nicht gewünscht habe. Die deutsche Antwort auf zwei Mahnbrieve Breschnews in dieser Richtung würden entsprechend beantwortet.

In Bonner "Regierungskreisen" (so NZZ, 14.1.79) werde darauf hingewiesen, daß man Waffenverkäufe an Peking nicht deshalb unterlasse, weil Breschnew davor gewarnt habe, sondern weil dies der seit einem Jahrzehnt bewußt restriktiv gehandhabten Waffenexportpraxis der Bundesrepublik entspreche. Mit dieser weitgespannten Formel solle dem Eindruck allzu willfähriger Rücksichtnahme auf die Sowjetunion entgegengetreten werden. U.a. hatte der britische Premier auf Guadeloupe die Formel gebraucht, Moskau spiele die "deutsche Karte" und wolle damit lieferungswillige Länder wie Großbritannien von Waffengeschäften mit China abhalten.

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß kommentierte dieses Vorgehen mit der Bemerkung, daß er "nicht für Waffenlieferungen, aber für die Gleichheit der Maßstäbe" sei. Die Bundesrepublik liefere Waffen in "alle Wettrecken der Weltpolitik". Warum erfahre China hier eine negative Sonderbehandlung? Mit Rücksicht auf die Breschnew-Mahnbriefe sagte er im Deutschlandfunk: "Eine Weltmacht, die zur Durchsetzung ihrer Interessen, zur Expansion ihrer imperialistischen Ziele Entwicklungshilfe fast ausschließlich nur noch in Waffenlieferungen vornimmt, hat doch nicht das Recht, anderen zu sagen, ob sie irgendwohin und wie weit sie an wen Waffen liefern dürfen." Er, Strauß, sei dafür, die Waffenlieferungen allgemein zu unterlassen, aber nicht einem "heuchlerischen Maßstab" zu frönen (FR, 15.1.79).

## (2) Peking und die Linksgruppen

Geng Biao, Politbüromitglied, verantwortlich für die Beziehungen zu den westlichen Splitterparteien, empfing Anfang Dezember Hans-Gerhard Schmierer, Sekretär des ZK des KBW. Vorher hatte diese Delegation einen Besuch in Kampuchea gemacht und war noch von Pol Pot vor seinem Sturz empfangen worden. Hier handelt es sich allerdings um wenig mehr als Formalitäten der KPCh, weil bei der neuen Politik die Splitterparteien sehr an den Rand des chinesischen Interesses gedrängt worden sind. Wichtig für den Empfang scheint die Tatsache gewesen zu sein, daß der KBW dem kampucheanischen "gerechten Kampf gegen den vietnamesischen Aggressor und seinen Herrn, die sowjetischen internationalen Expansionisten," gefolgt ist.

## WESTEUROPA

(3) **China-Großbritannien:****Sand im "Harrier"-Getriebe**

Aufgrund eines Abkommens, das im November 1978 in London unterzeichnet wurde, soll Großbritannien an China Ausrüstungen für Energieerzeugung, den Bergbau, metallurgische Projekte, Eisenbahnen, landwirtschaftliche Mechanisierung, Ölförderung auf See etc. liefern. Der chinesische Unterhändler, Wang Zhen, machte bei der Unterzeichnung klar, daß China dieses Geschäft aber an die Lieferung von rund 100 "Harrier"-Jagdbombern binde. Es handelt sich hier um einen flugplatzunabhängigen Senkrechtstarter, den China vor allem im Grenzgebiet zur Sowjetunion einsetzen möchte. Der "Harrier" - zu deutsch "Hasenjagdhund" - wurde auch von den Amerikanern angekauft und wird in den USA heute in Lizenz gebaut.

Vorgesehen ist nicht nur die Lieferung von rund 100 Maschinen, sondern eine weitere Lizenzproduktion für rund 200 Harrier in China. Außerdem soll Großbritannien noch Harrier-Triebwerke vom Rolls-Royce-Typ), Maschinenteil- und Flugsimulationsanlagen liefern sowie chinesische Piloten und Techniker in England ausbilden. Insgesamt dürfte dieses Harrier-Abkommen einen Auftragswert von 5-6 Mrd. DM repräsentieren.

Mehrere Gründe haben die englische Regierung bisher allerdings daran gehindert, den Harrier auszuliefern:

- Da war einmal die Befürchtung, daß der Embargo-Ausschuß der NATO, das COCOM, den Harrierverkauf nicht genehmigen werde. Diese Sorge ist allerdings in der Zwischenzeit verflogen, nachdem die chinesische Regierung kurz vor dem US-Besuch Deng Xiaopings die US-Regierung mit Erfolg gebeten hat, kein Veto über das COCOM zu betreiben.

- Zweites Hindernis ist der Protest des linken Flügels der Labour Party, der fürchtet, daß das Harrier-Geschäft die Entspannungsbemühungen zu Moskau stören könnte.

- Drittes Hindernis schließlich war eine Intervention des sowjetischen Parteichefs Breschnew, die sich am 17. Januar direkt an den britischen Premier James Callaghan richtete und die Briten vor dem Verkauf von Waffen an China warnte. Xinhua (NCNA, 27.1.79) bezeichnete diesen Schritt als "erneuten Ausdruck des sowjetischen Hegemonismus" und zitierte (schon am 17.1.79) mit Befriedigung die Antwort des britischen Außenministers David Owen, daß sich Großbritannien seine Außenpolitik von einer anderen Regierung nicht "diktieren" lasse.

Höchstwahrscheinlich wird das Harrier-Geschäft bald anlaufen, da hiervon nicht nur die notleidende britische Flugzeug-Industrie, sondern die britische Wirtschaft überhaupt erheblich profitieren wird. Bis 1985 wird mit einem, den Harrier-Verkauf flankierenden, Gesamthandelsaustausch von 8-10 Mrd. £ (30-38 Mrd. DM) gerechnet.

(4) **Maoistische Partei in Belgien**

Xinhua (NCNA, 14.1.79) stellt mit Befriedigung fest, daß die "Marxistisch-Leninistische KP Belgiens" und der "Kommunistische Kampf (Marxisten-Lenini-

sten) von Belgien" sich am 16. Dezember 1978 zu einer einzigen Partei vereint haben, der "Marxistisch-Leninistischen KP von Belgien". Die neue Partei gab am 24. Januar zusammen mit der "Kanadischen Kommunistischen Liga (Marxisten-Leninisten)" eine Erklärung gegen den "Antihegemonismus" heraus und berief sich hierbei u.a. auf die "große Bedeutung der Theorie Mao Zedongs über die Drei Welten und über den schädlichen Einfluß der beiden Supermächte" (NCNA, 24.1.79).

(5) **Gaston Thorn, der luxemburgische Ministerpräsident, in China**

Vom 23. bis 29. Januar besuchte der luxemburgische Ministerpräsident die VR China. Er wurde dabei getrennt von Hua Guofeng und Deng Xiaoping empfangen und hatte mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Geng Biao mehrere Aussprachen. Die RMRB (23.1.79) hob bezeichnenderweise drei Punkte hervor, die den Chinesen bei allen westeuropäischen Ländern am Herzen liegen:

- Luxemburg trete lobenswerterweise aktiv für die Erweiterung der EG um Griechenland, Portugal und Spanien ein.

- Es plädiere für eine Stärkung der westlichen Verteidigungsallianz gegen auswärtige Drohungen und

- es habe sich ständig gegen den Hegemonismus der Sowjetunion gewandt. Luxemburg wird demnächst eine diplomatische Vertretung in Peking einrichten. Beide Regierungen kamen ferner, wie es im Abschlußkommuniqué vom 29.1. hieß, darüber überein, ein Abkommen über den Zivillufttransport zwischen beiden Ländern zu schließen.

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) **Truppenverlegungen an die sowjetische Grenze?**

Anfang Januar schrieb der bisherige Leiter des US-Verbindungsbüros in Peking, Leonard Woodcock, daß die Volksrepublik gegenwärtig Truppen von den Küstengebieten zu Taiwan abziehe und sie an ihre Grenzen zur Sowjetunion und zu Vietnam hin verlege. In einem von der "Los Angeles Times" veröffentlichten Interview erklärte der designierte erste US-Botschafter weiter, Peking habe während der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA, die ja eine Aufkündigung des Sicherheitsvertrags zwischen Washington und Taipei von 1954 mit sich brachten, betont, es verfolge gegenüber Taiwan im Augenblick keine militärischen Pläne. Vielmehr befürchte es Gefahren von seiten der Sowjetunion und Vietnams.

Der Hinweis auf die Sowjetunion könnte möglicherweise mit den Befürchtungen erneuter sowjetischer Truppenverstärkungen entlang der Grenzen zu China zusammenhängen. Nach Schätzungen des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA haben die Sowjets ihre nach China hin orientierten Truppen von 400.000 Mann im Jahre 1969 auf 650.000 Mann im Jahre 1978 verstärkt. Diese Angaben wurden am 25.1.1979 von Senator William Proxmire in Washington bekanntgegeben. Während die Stärke der sowjeti-

schen Truppen in Mitteleuropa mit 590.000 Soldaten relativ konstant blieb, sei in Fernost also eine Aufstockung vorgenommen worden.

Insgesamt sei die Stärke der sowjetischen Streitkräfte in den vergangenen zehn Jahren von 3,7 Mio. Mann auf 4,2 Mio. Mann gestiegen (Reuterbericht vom 26.1.79).

Im Bereich Zentralchina waren in Richtung Taiwan etwa zwanzig Divisionen stationiert. Es ist kaum davon auszugehen, daß all diese Truppenverbände abgezogen wurden. Wollte China die angebliche Truppenverstärkung der Sowjets um 250.000 Mann wettmachen, so hätte es rund 15-16 Divisionen nach Norden schicken müssen. Woher aber sollte es dann die Verstärkungen für die Vietnam-Front nehmen? In der Militärregion Wuhan sind möglicherweise fünf Divisionen entbehrlich. Es ist auch anzunehmen, daß Teile der Fuzhou-Kontingente nach Süden verlegt wurden. Sehr viel mehr als fünf Divisionen von der Fuzhou-Front dürften für die Nordgrenze kaum in Frage kommen.

Was die Zahl der sowjetischen Divisionen an der chinesischen Grenze anbelangt, so wird sie jetzt auf 44 geschätzt. Es handelt sich hier entweder um vollmotorisierte Schützendivisionen oder Panzerverbände mit hoher Feuerkraft (rund 14.000 Mann und 275 Panzer pro Division). Diese Frontverbände besäßen jetzt auch die modernsten Schützenpanzer des sowjetischen Arsenal. Außerdem erhielten sie Schwimmpanzer, Selbstfahrlafetten und Raketenwerfer. Neben dem taktischen Lenkflugkörper mit der NATO-Bezeichnung "Frog", dessen Zieleinrichtung auf die Wärmeausstrahlung feindlicher Stellungen anspricht und der auch atomar ausgerüstet werden kann, verfügten Moskaus Fernosttruppen über ein breites Spektrum an Kernwaffen (Reuter, ebenda).

## NORDAMERIKA

### (7) Deng Xiaoping in den USA

Deng Xiaoping hatte während seines USA-Aufenthalts Ende Dezember mehrere Male Gelegenheit, sowohl dem amerikanischen Präsidenten als auch Senatoren und dem amerikanischen Volk zu versichern, daß China den Frieden brauche, um seinen Aufbau vorantreiben zu können. Mehrere Male warnte er vor der Sowjetunion und vor Vietnam, gab außerdem Versprechungen ab, daß Taiwan von der Volksrepublik vorerst militärisch nicht angegriffen werde, kündigte ferner an, daß die Chinesen in Zukunft großzügig Ausreisevisa erteilt bekämen, und unterzeichnete ferner noch am 31. Januar ein Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Kulturabkommen. Am selben Tag auch wurden Abkommen über Hochenergiephysik und ein Konsularabkommen geschlossen. Außerdem traf Deng Xiaoping mit dem ehemaligen Präsidenten Nixon sowie mit Norodom Sihanouk zusammen. Das Fernsehen war immer dabei. (Nähere Einzelheiten hierzu s. Themen)

## AFRIKA UND NAHOST

### (8) Li Xiannian besucht vier afrikanische Länder

Vom 4.-20. Januar besuchte die Nr. 4 in der chinesischen Führung, Li Xiannian, vier afrikanische Länder, und zwar Tansania, Mozambique, Sambia und Zaire. Dies war die ranghöchste chinesische Delegation seit den beiden Afrika-Safaris Zhou Enlais in den Jahren 1963 und 1965.

Allen vier Ländern ist gemeinsam, daß sich China mit hohen Kosten für sie engagiert hat: In Sambia und Tansania entstand mit chinesischer Hilfe die "Ururu"-Bahn, in Mozambique wurde die Frelimo jahrelang in ihrem Kampf gegen die ehemaligen portugiesischen Kolonialisten unterstützt, und in Zaire leistete China umfangreiche Entwicklungshilfe. Alle vier Länder erhielten von China auch Waffen, z.T. auch militärische Ausbildungshilfe.

Drei der besuchten Länder sind jedoch inzwischen dabei, ihre Sympathien verstärkt der Sowjetunion zuzuwenden: Mozambique ist heute schon weitgehend Kostgänger Moskaus. Aber selbst Tansania, der einstige Hauptfreund Chinas in Afrika, überlegt sich seit dem Angriff Ugandas auf Nordtansania Ende Oktober 1978, ob es nicht verstärkt die Hilfe Moskaus in Anspruch nehmen soll. Ursprünglich hatte die Sowjetunion zusammen mit Libyen das Uganda Amins unterstützt. Seit dem Angriff der Ugander auf Tansania ist es jedoch zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Kampala und seinen beiden früheren Helfern, der Sowjetunion und Libyen, gekommen. In der Zwischenzeit soll Libyen, das sich dem großenteils mohammedanischen Tansania verbunden fühlt, Waffen an den ostafrikanischen Staat geliefert haben. Im Gefolge dieser Aktion könnte es zu einer Schwächung der chinesischen Position zugunsten der Sowjetunion kommen. Nicht nur in Tansania, sondern auch in Sambia kann China, das ja selbst gerade mitten in einem "neuen Großen Sprung" begriffen ist, nicht mehr alle jene Entwicklungshilfeleistungen erbringen, die man aufgrund der früheren Leistungen eigentlich hätte erwarten sollen. Kein Wunder, daß die Regierungen von Sambia und Tansania ihre Augen dem finanzkräftigen Bündnis Libyen/Sowjetunion zuwenden.

Unter diesen Umständen mußte es das Ziel des Besuches Li Xiannians sein, alte Bande neu zu knüpfen. Hierbei traten automatisch zwei Themen in den Vordergrund: Zum einen erinnerte Li an die geleisteten und noch immer laufenden Hilfeleistungen Chinas. U.a. besuchte er beispielsweise demonstrativ chinesische Entwicklungshilfeprojekte auf Sansibar (wo von den Chinesen vor allem der Reisbau eingeführt wurde), und zum anderen bekräftigte er die chinesische Unterstützung für den Kampf der "Frontstaaten" gegen Rhodesien und Südafrika. Das letztere Thema spielte vor allem beim Sambiabesuch eine wichtige Rolle. Li führte dort Gespräche mit Vertretern der rhodesischen Guerillaorganisation "Patriotische Front", der Südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO aus Namibia sowie des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) aus Südafrika. Dabei ging es möglicherweise um verstärkte Militärhilfe Chinas für diese Bewegungen (Berichte in SWB, 11.1.79; NCNA, 15.1.79 und 23.1.79).

Am leichtesten hatte es Li Xiannian im "kapitalistischen" Zaire, wo man sich über die gemeinsame antisowjetische Haltung von Anfang an einig war

(Näheres zu diesem Punkt in "China und der Zaire-Konflikt", C.a., 1977, S.347 ff.).

Der schärfste Kommentar zur Afrikareise Li Xiannians kam diesmal aus Tirana. Wörtlich: "Der Emissär des chinesischen Sozialimperialismus... hat sich 'in herzlicher Weise' mit dem Henker Mobutu, dem Mörder des Volkes und Werkzeug der neokolonialistischen Mächte, getroffen... Das Ziel der Reise Li Xiannians ist die Verwirklichung der expansionistischen Pläne Chinas auf dem afrikanischen Kontinent. Diese Reise spiegelt die von Peking unternommene Anstrengung zur Schaffung von Einflußzonen und Märkten wider" (Radio Tirana in Ostinfo, 19.1.79).

#### (9) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Dschibuti

Am 8. Januar 1979 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der 1978 aus französischer Kolonialherrschaft entlassenen Republik Dschibuti aufgenommen (NCNA, 9.1.79). In einem Leitartikel vom 10.1. betont RMRB, daß Dschibuti mit seiner Lage am südlichen Tor des Roten Meeres einen hohen strategischen Stellenwert besitzt: Es liege an der Haupttroute für die Verbindung zwischen Asien, Afrika und Europa und sei daher u.a. Gegenstand eines stürmischen Werbens von seiten Moskaus.

Peking unterhält nunmehr diplomatische Beziehungen zu 118 Ländern: 28 asiatischen, 44 afrikanischen, 12 lateinamerikanischen, 27 europäischen, 2 nordamerikanischen und 5 ozeanischen Ländern.

Das Kommuniqué vom 5.1.1979, das in Paris unterzeichnet wurde, enthält einen Verweis auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie darauf, daß die "Regierung der VR China die einzige legitime Regierung des ganzen chinesischen Volkes" sei.

#### (10) Ein Scherbenhaufen in Angola

Während des Kampfes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft in Angola Anfang der siebziger Jahre hatte China unter den drei Widerstandsbewegungen MPLA, NLFA und UNITA vor allem die beiden letzten Gruppen unterstützt. Dies erwies sich nachträglich als Fehlkalkulation. Nach Vertreibung der Portugiesen, an die sich der Bürgerkrieg anschloß, konnte sich die von Moskau gedeckte MPLA mit Hilfe sowjetischer Waffen und kubanischer Kampfverbände gegen die beiden rivalisierenden Organisationen durchsetzen. Der offene Krieg nahm dann eine neue Form an und zerfiel in Auseinandersetzungen mit Partisanen. Im Norden Angolas operiert nach wie vor die FNLA Holden Robertos, im Süden die UNITA unter Jonas Savimbi.

Savimbi verfügt noch über rd. 12.000 Guerilleros, die allerdings, dreieinhalb Jahre nach der Machtübernahme durch die MPLA, immer stärker in Bedrängnis geraten. Die vorrückenden MPLA-Verbände und Kubaner sollen nach Berichten von Flüchtlingen in Namibia Massaker unter den Stämmen der Mbundu und Kimbundu anrichten, die mit Savimbis UNITA sympathisieren. Diese Stammesgruppen machen immerhin etwa 35% der Bevölkerung Angolas aus.

Das Kerngebiet der UNITA liegt im Südosten Angolas und umfaßt eine Fläche von rd. 400.000 qkm sowie eine Einwohnerzahl von etwa 500.000 Men-

schen. Alles in allem umfaßt der Machtbereich der UNITA damit immer noch etwa ein Drittel der Fläche und der Einwohnerschaft Angolas. Allerdings handelt es sich hier um wirtschaftlich kaum entwickelte Landstriche.

Inzwischen hat sich die UNITA aus den Städten zurückziehen müssen und kämpft - ganz den chinesischen Volkskriegsvorstellungen entsprechend - auf dem Lande. Im Einzugsbereich der Guerillas liegt noch der Ostteil der 1.340 km langen Benguela-Eisenbahn, die in die zairische Kupferprovinz Shaba führt.

Den UNITA-Kämpfern stehen rd. 50.000 Mann auf seiten Luandas gegenüber, davon 20.000 Kubaner und Einheiten aus der Sowjetunion, der DDR und Bulgarien sowie schwarze Hilfstruppen der südwestafrikanischen Guerillabewegung SWAPO.

Savimbi hat heute nur noch zwei Helfer, nämlich Südafrika und Frankreich. Frankreich, das sich vor allem für die Aufrechterhaltung der Mobuto-Herrschaft in Zaire einsetzt - und dafür chinesischen Beifall erhält - liefert einen Großteil der Ausrüstung, Waffen und Munition für die UNITA-Verbände. Südafrika liefert ebenfalls Waffen und hat Savimbi schon zweimal mit Hilfe von Hubschraubern vor dem Zugriff der MPLA-Truppen gerettet.

China steht hier vor einer heiklen Frage: Es sähe gerne den Sieg der UNITA und die Vertreibung der Kubaner sowie der Sowjetunion aus Angola. Auf der anderen Seite muß es zur Kenntnis nehmen, daß Savimbi und seine UNITA inzwischen für die OAU (Organisation für afrikanische Einheit) zum Ärgernis geworden ist, da Savimbi als "Komplize des Rassistenregimes" in Südafrika gilt. Die Konsequenz: Peking hat sich stillschweigend zurückgezogen; es liefert schon seit der Vertreibung der Portugiesen keine Waffen mehr und ist offensichtlich im Begriff, nunmehr auch propagandistisch der Savimbi-Bewegung keinen Kredit mehr zu geben (FAZ, 31.1.79). Savimbi scheint danach von China ebenso "auf dem Altar politischer Berechnung geopfert worden zu sein", wie vorher schon vom Westen. Bezeichnenderweise hat der stellvertretende Partei- und Regierungschef Li Xiannian bei seiner Reise zu den "Frontstaaten" Ende Dezember/Anfang Januar (d.h. nach Tansania, Mozambique, Sambia und Zaire) die UNITA-Problematik ebenfalls vorsichtig umgangen.

#### (11) China zwischen Sadat und PLO

Anfang Januar trat in Damaskus die 14. Versammlung des "Palästinensischen Nationalrates", einer Art Exilparlament der Palästinenser, zusammen. Die Versammlung wurde zu einer einzigen Anklage gegen den ägyptischen Präsidenten Sadat, der, wie es hieß, Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und Camp David die Sache der Palästinenser verkauft habe.

Am 14. Januar sandte Hua Guofeng aus Anlaß dieser Versammlung an Yassir Arafat, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, eine Grußbotschaft, in der es hieß, daß China nach wie vor den "gerechten Kampf der palästinensischen und arabischen Völker für die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte" unterstützt und daß es aufs schärfste die Aggressions- und Expansionspolitik der israelischen Zionisten verurteile. Hua Guofeng wendet sich vor allem gegen die beiden Supermächte, die sich in die inneren Angelegenheiten der Länder des mittleren

Ostens einmischten - vor allem im Gebiet des Roten Meeres und des Golfgebiets - indem sie Kriege auslösten, das Chaos begünstigten und für die Entzweiung der arabischen und islamischen Völker und Staaten sorgten (NCNA, 16.1.79). Sadat wird in dem Schreiben verständlicherweise mit keinem Wort erwähnt. Hua Guofeng hatte die peinliche Aufgabe, die PLO einerseits der weiteren chinesischen Unterstützung zu versichern, gleichzeitig aber zu vermeiden, daß Sadat sich in seiner proisraelischen Annäherungspolitik angegriffen fühlte. Es wird in der Tat immer schwieriger, Mittelostpolitik zu betreiben! Die Zeit der einfachen Distinktionen ist endgültig vorbei.

#### (12) Reservierte Berichterstattung über die Vorgänge im Iran

Xinhua (NCNA, 1.2.79) berichtete zurückhaltend über die Ankunft des Ayatollah Khomeyni in Teheran. In dem Bericht heißt es gleichzeitig, daß der noch vom Schah eingesetzte Premier Bakhtiar entschlossen sei, sich von Khomeyni nicht abdrängen zu lassen und daß seine Regierung "dem Chaos und zweifelhaften Elementen Widerstand leisten werde".

Die chinesischen Sympathien für den Schah, bei dem Hua Guofeng noch Ende 1978 zu Besuch war, treten auch in diesem so unterkühlten Bericht hervor. Offensichtlich hatte man in Peking die Lage falsch analysiert und nicht mit dem Erfolg Khomeynis gerechnet.

#### (13) Pekings Iran-Kommentar

Xinhua (NCNA, 13.1.79) berichtet über Spionage- und Untergrundaktionen des sowjetischen KGB, die an der "Destabilisierungskampagne gegen den Schah" mitgewirkt hätten. Am 16.1.79 meldete NCNA ohne Kommentar die Abreise des Schahs aus dem Iran. Das Staatsoberhaupt habe "im Anschluß an die fortgesetzten Unruhen im eigenen Lande einen längeren Urlaub im Ausland" angetreten.

Noch vom 30. August bis 1. September hatte Hua Guofeng bei der Rückkehr von seinem Jugoslawien- und Rumänienbesuch dem Iran einen offiziellen Besuch abgestattet und dabei mit dem Schah eine lange Unterredung gehabt.

#### (14) Beispiele stillen "volksdiplomatischen" Wirkens der Volksrepublik in Afrika

Chinesische Experten für die Erschließung von Kohlegruben überreichten am 13. Januar an die Behörden in Tansania paläolithische Funde, die sie bei Ausgrabungsarbeiten gemacht hatten (NCNA, 14.1.79).

Das Wirken chinesischer Medizinteams im Innern von Sierra Leone wurde am 13. Januar dadurch gewürdigt, daß Staatspräsident Siaka Stevens einem dieser Teams einen Höflichkeitsbesuch abstattete (NCNA, 13. und 14.1.79).

Auf dem Gesundheitssektor profilierte sich China auch in Mauretanien. Am 4. Januar wurde ein Gesundheitszentrum in der Provinzstadt Kiffa übergeben, das mit chinesischer Hilfe gebaut worden war. Eine Delegation der "Vereinigung des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland" nahm an der Eröffnungszeremonie teil (NCNA, 5.1.79).

Am 18. Januar übergaben die Chinesen zwei Filmdokumentationen, die den Besuch des tansanischen Premierministers zeigen und die sich auch für die Wiedergabe in tansanischen Lichtspielhäusern eignen (NCNA, 19.1.79).

## ASIEN

#### (15) Die chinesisch-vietnamesische Grenze im Berichtszeitraum

Auch im Januar überhäufteten sich beide Seiten, wie schon im vorausgegangenen Vierteljahr, mit gegenseitigen Grenzverletzungsvorwürfen. Sowohl die chinesische als auch die vietnamesische Seite zählte wiederum die Vorfälle in statistischer Genauigkeit mit Tages- und Uhrzeitangabe auf. Danach ist wiederum kein einziger Tag ohne Grenzverletzungen vergangen. Nach vietnamesischer Darstellung kam es zu den meisten Vorfällen unmittelbar nach Beendigung des vietnamesischen Kampuchea-Feldzuges. Vor allem am 14., 15. und 16. gab es nach vietnamesischer Darstellung besonders zahlreiche chinesische Grenzübergriffe (Radio Hanoi, 19.1.79; SWB, 22.1.79). Die häufigsten Vorfälle scheinen sich im Bereich der Lang-Son-Provinz ereignet zu haben. Bei solchen Vorfällen wird von vietnamesischer Seite auch immer genau die Nummer der Grenzmarkierung angegeben. Besonders häufig tauchen die Nummern zwischen 10 und 30 auf.

Neben all diesen Detailmeldungen, in denen nach dem gleichen Schema immer wieder die gleichen Angaben auftauchen, tritt aber im Berichtszeitraum ein Thema wie ein Cantus firmus hervor, nämlich die Befürchtung, daß China entlang der gemeinsamen Grenze größere Militärverbände massiere. Die dabei geäußerten Befürchtungen sollten sich dann im Februar bewahrheiten. In einer trutzigen Stimmung beging Vietnam am 25. Januar den 190. Jahrestag zum Sieg der Vietnamesen über chinesische Truppen. Im Jahre 1789 hatte eine kleine Armee unter Nguyenh Hue eine Qing-Armee von 290.000 Mann besiegt (SWB, 31.1.79).

Auf chinesischer Seite waren die Themen breiter gestreut:

a) Da war zunächst eine statistisch genaue Aufzählung vietnamesischer Übergriffe in die Autonome Region Guangxi und in die Provinz Yunnan (NCNA, 15.1.79), die bis zum Monatsende durch weitere ähnliche Berichte ergänzt wurde (z.B. NCNA, 27.1.79).

b) Ferner griff China noch einmal die vietnamesische Politik der Behandlung von Ausländern auf: Während Vietnam nach außen hin Kampuchea angreife und eine antichinesische Propagandapolitik betreibe, unterdrücke es zuhause die Minderheiten.

Am 19. Januar 1979 teilte die Konsulatsabteilung des chinesischen Außenministeriums der vietnamesischen Botschaft in Peking mit, daß die chinesische Seite mit Wirkung vom 23.1.1979 das Abkommen mit Vietnam über Visa-Ausnahmeregelungen als beendet betrachte. Von jetzt an müßten Bürger beider Staaten, welchen Paß sie auch immer trügen, Ein- und Ausreisevisa besitzen (VNA in SWB, 27.1.79).

Kurz vorher hatten die Vietnamesen 1.463 viet-

namesische Staatsbürger - offensichtlich Auslandschinesen - über die Grenze nach Guangxi vertrieben (NCNA, 5.1.79).

c) Auch Vorfälle im Bereich der Hochsee wurden angesprochen. Am 8. Januar hätten die "vietnamesischen Behörden" willkürlich ein chinesisches Fischerboot in Grund und Boden geschossen und ein weiteres ausgeplündert (NCNA, 9.1.79).

Am 8.1. brachte RMRB eine erneute Bekräftigung des chinesischen Anspruchs auf die Nansha- und Xisha- (Spratley- und Paracel-) Inseln. Der Bericht weist u.a. darauf hin, daß selbst sowjetische Landkarten bis zum Jahre 1974 beide Inselgruppen als chinesisches Hoheitsgebiet ausgewiesen hätten.

d) Darüber hinaus war das Hauptthema der chinesischen Anschuldigungen, das unmittelbar in die Grenzfrage mit hineinspielte, der vietnamesische Angriff auf Kampuchea (Näheres dazu s. Thema).

#### (16) Der chinesisch-vietnamesische Eisenbahnstreit

Von Vietnam nach China führen zwei Eisenbahnlinien, davon die wichtigere von Hanoi über die Lang-Son-Provinz nach Nanning in Guangxi. Die beiderseitige Grenze wird überschritten am Youyi Guan (Freundschaftspäß). Die Eisenbahnverbindung über den Freundschaftspäß war im Jahre 1955 eröffnet worden, war bis zu ihrer Schließung am 22. Dezember 1978 also nicht weniger als 23 Jahre in Betrieb. Während des zweiten Indochinakriegs gingen durch dieses Nadelöhr riesige Mengen chinesischer Hilfsgüter (Petroleum, Kohle, Landwirtschaftsmaschinen, Waffen, militärische Ausrüstung, Lastwagen etc.) nach Vietnam. Allein zwischen 1971 und 1975 wurden 6 Mio.t Material auf diesem Wege befördert (NCNA, 19.1.79). Der damalige nordvietnamesische Präsident Ton Duc Thang zeichnete am 13. Juli 1973 die Eisenbahnstation Pingxiang (im chinesischen Guangxi) mit dem Verdienstorden 1. Klasse für hervorragenden Service aus. Solange Vietnam und China miteinander in Freundschaft lebten, klappte auch der 24-Stunden-Reparaturdienst an der Strecke.

1976 kam es in der Reparaturfrage zu ersten Reibereien. Nach chinesischer Darstellung wollten die chinesischen Reparaturtrupps im Juli 1976 eine Stelle an der Eisenbahnverbindung reparieren, die etwa 300 m von der chinesisch-vietnamesischen Nahtstelle in Richtung Vietnam lag. Der Reparaturtrupp sei jedoch von vietnamesischen Sicherheitskräften an der Arbeit gehindert worden. Die Vietnamesen hätten auch Sand, Kies und anderes Material, das von den Chinesen bereitgestellt worden sei, zweckentfremdet einplanziert.

Im April 1977 seien die Schäden so schlimm geworden, daß nach chinesischer Auffassung die Reparatur nicht mehr länger hinausgeschoben werden konnte. Entsprechend habe man die vietnamesische Seite informiert. Am 30. April hätten die Vietnamesen zwei Waggonladungen von Reparaturmaterial einfach weggeworfen und auch Drainagen wiederaufgefüllt, die von den Chinesen einen Tag zuvor gezogen worden waren. Am 4. Mai schließlich tauchten 500 Mann Sicherheitspersonal auf, die die Chinesen an Reparaturarbeiten hinderten und mit Steinen bewarfen (ebenda).

Am 22. Dezember 1978 schließlich habe die Auslandsabteilung des chinesischen Eisenbahnministeriums das vietnamesische Eisenbahnministerium in-

formiert, daß die chinesische Seite den Zug-Service sowohl für Passagiere als auch für Güter von und nach Vietnam einstelle. Der Grund dafür seien schwere Schäden entlang einem Schienenteilstück am Freundschaftspäß. Es handle sich um eine einstweilige Notmaßnahme. Die Schienenfehler seien bereits seit 1976 offenkundig, doch habe die vietnamesische Seite dem chinesischen Reparaturdienst jede Maßnahme unter dem Vorwand verweigert, daß die zu reparierende Strecke auf vietnamesischem Territorium liege. Es sei aber ganz klar, daß die besagte Strecke zu China gehöre. Im Abkommen über den Eisenbahnverbindungspunkt vom Jahre 1955 hätten beide Länder darin übereingestimmt, daß der Verbindungspunkt genau auf der chinesisch-vietnamesischen Grenzlinie liege.

Die vietnamesische Seite machte demgegenüber geltend, daß China in Verfolgung seiner schon damals sichtbaren "Politik der territorialen Expansion gegen Vietnam" im Jahre 1955 anlässlich der Streckenherstellung den Verbindungspunkt absichtlich mehr als 300 m über die "historische Grenzlinie" hinaus in vietnamesisches Territorium hinein verlegt habe. Das vietnamesische Außenministerium habe die chinesische Seite am 31. Dezember 1974 gebeten, den Verbindungspunkt doch zurück zur historischen Grenzlinie zu legen. Die Chinesen seien dieser Bitte jedoch mit dem Hinweis ausgewichen, es sei besser, dieses Problem auf die späteren Grenzverhandlungen zwischen beiden Regierungen zu verlagern.

Bei den Reparaturarbeiten im Juni und Juli 1976 habe China dann die günstige Gelegenheit benutzt, um die auf vietnamesischem Territorium verlaufende Strecke technisch der chinesischen Linie anzugleichen, um damit vollendete Grenzatsachen zu schaffen. Am 11. April 1978 habe China anlässlich der 20. Konferenz über Reparaturarbeiten an der Eisenbahngrenzlinie gefordert, daß es an der umstrittenen Linie Reparaturarbeiten vornehmen dürfe. Vietnam habe dieser Bitte entsprochen, allerdings mit der Einschränkung, daß keine Veränderungen an der Strecke vorgenommen werden dürften. Die chinesische Seite habe daraufhin im ganzen Jahr 1978 keine einzige Reparatur ausgeführt. Gleichwohl sei der internationale Zugverkehr normal weitergegangen - eben bis zum 22. Dezember 1978, als China einseitig den Verkehr einstellte (VNA, SWB, 22.1.79 und Radio Hanoi, 4.1.79).

Xinhua (NCNA, 4.1.79) machte außerdem noch geltend, daß seit dem 1. Dezember 1978 bewaffnete vietnamesische Trupps 17mal an der Eisenbahnverbindungslinie aufgetaucht seien und dort das chinesische Personal provoziert hätten.

#### (17) Entwicklung der Beziehungen zu Indien

Im Berichtszeitraum kam es zu positiven und wiederum negativen Entwicklungen: Positiv auf das beiderseitige Verhältnis wirkte sich das in Indien mit Sympathie aufgenommene Glückwunschsreiben von Hua Guofeng und Ye Jianying an den indischen Staatspräsidenten sowie an den indischen Ministerpräsidenten aus (abgedruckt in SWB, 2.2.79). Am Vorabend des Besuches des indischen Außenministers in China wurde auch ein neuer indischer Botschafter ernannt. Der stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao, der ihn empfing, betonte, daß sowohl China als auch Indien große asiatische Länder seien. Es gebe überhaupt keinen vernünftigen Grund für beide Staa-

ten, nicht auf eine Besserung der gegenseitigen Beziehungen hinzuwirken (NCNA, 9.1.79).

Andererseits tauchten drei Schönheitsfehler auf diesem so freundlichen Bilde auf. Auf zwei von ihnen wies wieder einmal Radio Hanoi hin, das neuerdings überhaupt in die Rolle eines Zensors gegenüber China hineinwächst:

- Radio Hanoi (SWB, 5.1.79) berichtet z.B., daß in den vergangenen sechs Monaten über 100 indische Spione in China ausgebildet und sodann in den nordöstlichen Staat Manipur eingeschleust worden seien. Nach ihren den indischen Behörden gegenüber gemachten Geständnissen hätten sie eine Spezialausbildung in militärischen Sonderlagern an der chinesischen Südwestgrenze erhalten. Außerdem habe der indische Innenminister Mandal Ende Dezember bei einer Parlamentssitzung bekanntgegeben, daß auch im Bundesstaat Uttar Pradesh ein von den Chinesen ausgebildeter Geheimagent mit chinesischen Waffen gefaßt worden sei.

- Radio Hanoi (SWB, 24.1.79) will ferner von einer subversiven Zusammenarbeit zwischen China und dem amerikanischen CIA in Indien erfahren haben: Der CIA arbeite auf eine sogenannte "Himalayan Federation" hin, also auf einen Zusammenschluß der kleinen Gebiete Sikkim, Butan, Nepal und vielleicht auch dem Nefa-Gebiet. Dieser Plan sei den Chinesen, die ebenfalls an einem Einflußkorridor im Himalaya interessiert seien, hochwillkommen.

- Die Agentur Kyodo (SWB, 2.2.79) schließlich meldet von indischen Besorgnissen hinsichtlich der neuen Straßenbauprojekte Chinas in Nepal. Chinesische Techniker haben inzwischen mit den Vermessungsarbeiten für eine 400 km lange Straße zwischen Pokhara und Surkhet in Westnepal begonnen. Wenn nicht alles täuscht, ist dies das zweitgrößte Entwicklungshilfeprojekt, das die Chinesen - nach dem Bau der Tansam-Eisenbahn - je in die Wege geleitet haben. China hat außerdem die 800 km lange Karakorum-Straße zwischen Pakistan und China errichtet, die von immenser strategischer Bedeutung ist. Die Inder fühlen sich von dem immer dichter werdenden chinesischen Straßensystem in Nepal verunsichert.

#### (18) Die Normalisierung gegenüber Indonesien läßt immer noch auf sich warten

Anfang Januar verkündete die indonesische Regierung erneut ein Verbot gegen die Einfuhr von Publikationen in chinesischer Sprache. Mit Ausnahme wissenschaftlicher Publikationen, die als Handbücher in Höheren Lehranstalten und in Staatsorganisationen benutzt würden, müßten sämtliche Zeitschriften und Zeitungen auf Chinesisch vom Markt zurückgezogen werden. Die chinesische Propaganda sei in der bisherigen Form nicht länger tragbar (TASS, engl., SWB, 20.1.79).

Am 20. Januar erschien in der indonesischen Zeitung "Kompas" die Erklärung des indonesischen Informationsministers Mutorpo, in der es hieß, daß Indonesien schon mehrere Male eine amerikanische Empfehlung zurückgewiesen habe, die Beziehungen mit Peking möglichst schnell wieder aufzunehmen. Solange Peking nicht aufhöre, subversive Elemente in Indonesien zu unterstützen, sei Djakarta nicht an einer Wiederannäherung interessiert (Radio Hanoi in SWB, 27.1.79).

Die indonesische Zeitschrift "Merdeka" brachte

am 13. Januar einen Artikel mit der Überschrift "Chinas selbstgefertigte Landkarte", in dem Peking der territorialen Expansion in Südostasien beschuldigt wurde. Auch diese Meldung wurde von Radio Hanoi wiedergegeben (SWB, 27.1.79).

Einen Punkt der Gemeinsamkeit allerdings konnten die Chinesen bei allem Ärger entdecken: Der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja erklärte nämlich am 8. Januar, daß Indonesien nach wie vor die Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Pol Pot anerkenne (NCNA, 11.1.79).

#### (19) Politische Emanzipation im Südpazifik

Ein Xinhua-Artikel (NCNA, 5.1.79) beschreibt die Unabhängigkeitsbewegung der pazifischen Inselstaaten. Anfang des 20. Jhdts. habe es im Südpazifik nur zwei selbständige Staaten gegeben, nämlich Australien und Neuseeland. In den sechziger Jahren hätten Westsamoa und Nauru ihr Kolonialjoch abgeschüttelt und sich für unabhängig erklärt. Anfang der siebziger Jahre folgten dann Tonga, Fidschi und Papua-Neuguinea und 1978 die Salomonen sowie Tuvalu. Im Juli 1979 würden nun auch die Gilbert-Inseln als zehnter souveräner Staat konstituiert. Auch die anderen melanesischen, polynesischen und mikronesischen Inseln strebten auf das Ziel der Unabhängigkeit zu. Mikronesien hielt u.a. ein Referendum ab, um die Unabhängigkeit aus der US-Treuhandenschaft zu erlangen.

Die südpazifischen Staaten wehrten sich neuerdings auch gegen "expansionistische Manöver der sowjetischen Sozialimperialisten".

Als ein sowjetisches "Forschungsschiff" einmal an einer unbewohnten Insel von Papua-Neuguinea angelegt und dort die sowjetische Flagge aufgepflanzt hatte, habe Neuguinea dagegen sofort protestiert und daraufhin die Errichtung einer 200 Seemeilen-Fischereizone angekündigt.

Die Sowjetunion habe weiterhin auf Tonga eine Fischereibasis gewinnen wollen, sei mit diesen Vorstellungen aber nicht durchgedrungen.

Moskau habe ferner versucht, Fidschi durch die Zusammenarbeit mit einer Handvoll von Verrätern, die in Moskau ausgebildet worden waren, zu "unterminieren". Der Premierminister von Fidschi habe diesen Plan jedoch durchschaut und einem sowjetischen Vorschlag zur Errichtung einer Sowjetbotschaft auf der Insel nicht zugestimmt.

Im Jahre 1979 hätten die südpazifischen Inselstaaten durch Ausdehnung ihrer Souveränitätszonen nicht weniger als 6 Mio. Quadratmeilen unter ihre Jurisdiktion gebracht. U.a. haben sie das "South Pacific Forum" gegründet, um ihre nationalen Interessen gemeinsam wahrzunehmen. Daneben bestehe das "South Pacific Bureau for Economic Cooperation" - eine Organisation, die auf einen gemeinsamen Markt und auf gemeinsame Wirtschaftskooperation hinarbeite.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (20) China nimmt vorerst nicht an den Genfer Abrüstungsverhandlungen teil

Anlässlich des Beginns der 1. Sitzung des Komitees für Abrüstung in Bonn am 24. Januar 1979 gab Xinhua (NCNA, 25.1.79) folgende Stellungnahme durch:

"China will an der Arbeit des Abrüstungskomitees diesmal nicht teilnehmen, beansprucht aber das Recht, seinen Sitz im Komitee zu geeigneter Zeit einzunehmen. Der Sitz, auf den China als Mitglied aufgrund des Schlußdokuments der 10. Sondersitzung der UN-Generalversammlung von 1978 ein Anrecht hat, bleibt deshalb bei der heutigen Sitzung leer. Yi Suzhi, der stellvertretende Ständige Gesandte und Charge d'affaire bei der chinesischen Mission in Genf, nahm an dem Treffen nur als Beobachter teil."

Der Standpunkt Chinas in der Abrüstungsfrage ist bekannt. Peking hält solche Gespräche nur für sinnvoll, wenn sich die beiden Supermächte in einer Art Vorleistung zu einer allseitigen Abrüstung bereit erklären. Begrenzte Abmachungen seien nichts anderes als Verschleiernsmaßnahmen für verstärkte Aufrüstung.

Die Forderung der Chinesen nach Bereitstellung eines Sitzes scheint eine Änderung in der Haltung Pekings gegenüber den Genfer Abrüstungsgesprächen anzudeuten. Seit der Einrichtung der Verhandlungen im Jahre 1962 haben immer nur drei Atomwaffenstaaten, nämlich die USA, die Sowjetunion und Großbritannien, an den Beratungen teilgenommen, die unter wechselndem amerikanisch-sowjetischen Vorsitz stattfanden. Diese Kopräsidentschaft der Supermächte wurde bei der UN-Sondergeneralversammlung über die Abrüstung im Jahre 1977 fallen gelassen. Vor allem die Franzosen wünschten für den Fall ihrer Teilnahme ebenfalls eine zeitweilige Übernahme des Präsidiums.

Frankreich und China sind den wichtigsten Verträgen, die bisher in Genf ausgehandelt wurden, nämlich dem Verzicht auf Atomwaffenversuche in der Atmosphäre (1963) und dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (1970), nicht beigetreten.

Werden beide Staaten diesen Beitritt nun nachholen? In der Frage der Nichtweitergabe von Atomwaffen halten sie sich ohnehin schon faktisch an die Vertragsbestimmungen. Atomwaffenversuche über der Erde andererseits werden z.Zt. nur noch von China durchgeführt.

### (21) Beitritt zum internationalen Währungsfond und zur Weltbank?

Schon während des Deng Xiaoping-Aufenthalts in den USA wurde über den geplanten Beitritt der VR China zum IBF und zur Weltbank beraten. In der Praxis bedeutet dieser Schritt, daß China sich künftig Gelder beschaffen kann, die seinen "Vier Modernisierungen" zugute kämen.

Vorerst allerdings ist immer noch Taiwan Mitglied in beiden Organisationen. Dies ist das erste

Problem. Die zweite Frage lautet, mit welcher Quote China an beiden Organisationen beteiligt sein soll. Drittens ergäbe sich für Washington die peinliche Nebenwirkung, daß die Beziehungen zwischen Peking und Moskau durch einen solchen Beitritt noch weiter verschärft werden könnten, wofür die Sowjetunion den Amerikanern am Ende die Schuld geben könnte.

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (22) Tourismus in China

Im Jahre 1978 haben mehr als 100.000 ausländische Touristen und 30.000 ausländische Gäste die Volksrepublik besucht. Damit habe sich die Ziffer von 1977 verdoppelt und entspreche der Gesamtziffer für die letzten 14 Jahre. Zu diesen 130.000 Besuchern kommen noch weitere 400.000 Überseechinesen sowie Landsleute aus Hongkong, Macao und Taiwan und Ausländer chinesischer Abstammung, die zu einem Verwandtenbesuch nach China kamen, hinzu.

Die Tourismus-Industrie müsse dieser Entwicklung Rechnung tragen und den Schwerpunkt auf den Bau neuer Hotels legen. In mehr als 30 Städten, darunter Peking, Schanghai, Guangzhou, Hangzhou, Guilin, Changsha, Chengdu, Harbin, Dalian, Jinan, Nanjing u.a., werden neue Hotels errichtet. Ausländische Geschäftskonzerne, wie die Intercontinental- und die Hilton-Kette, diskutieren Wege der Mittelbereitstellung für die Errichtung einer Reihe weiterer Hotels. Jagen, Kamelreiten, Skifahren und Bergsteigen sollen als weitere Attraktionen zu den bisherigen Besichtigungstouren hinzukommen.

Was die Transporte anbelangt, so verkehren zusätzliche Sonderzüge zwischen Peking und der Großen Mauer, zwischen Schanghai und Nanjing und an einigen anderen Orten. Zahlreiche Busse, Autos und importierte Autos mit Klimaanlage sind inzwischen den Tourismus-Abteilungen zur Verfügung gestellt worden.

Darüber hinaus wurden die Zollformalitäten vereinfacht. Ferner sollen die Reiseleiter in besonderen Fachschulen herangebildet werden. Überall fehle es, wie der Direktor des chinesischen Reisebüros Lüxingshe betonte, immer noch an qualifizierten Dolmetschern und Übersetzern (NCNA, 15.12.78).

### (23) Studienmöglichkeiten in China

Nach Informationen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) können neben den bisher bereits üblichen Studienfächern (Sprache, Literatur, Geschichte, Philosophie und Medizin) künftig auch Moderne Chinesische Wirtschaftsgeschichte, Geschichte der Chinesischen Wirtschaftstheorien, Kunstgeschichte und Malerei belegt werden. Allerdings ist noch nicht bekannt, an welchen Universitäten oder Kunsthochschulen diese Kurse eingerichtet werden sollen.

Deutsche Kandidaten sollten über angemessene Chinesisch-Kenntnisse vor Antritt des Stipendiums verfügen und sich zum Zeitpunkt der Bewerbung über die Situation des Gastlandes genügend informiert haben. Vor allem werden Kenntnisse der Geschichte des Landes sowie seiner wirtschaftlichen, politischen



und kulturellen Lage erwartet.

Stipendien werden grundsätzlich für zwei Jahre vergeben, doch steht es dem Stipendiaten frei, das zweite Jahr nicht in Anspruch zu nehmen. Gemäß den chinesischen Richtlinien können Familienangehörige die Stipendiaten nicht begleiten.

## INNENPOLITIK

### (24) **Resultate des 3. Plenums: Beseitigung der radikalmaoistischen Restopposition**

CHINA aktuell wird in einem der nächsten Hefte einen ausführlichen Beitrag bringen, der aus der Perspektive der zentralen Arbeitskonferenz und des nachfolgenden 3. Plenums im Dezember 1978 die Debatten und den Machtkampf im Jahre 1978 behandeln wird sowie die Verschiebungen, die sich als Resultat des Plenums ergeben haben. Hier seien einige Grundlinien vorweggenommen. Einmal ist festzuhalten, daß das Jahr 1978 ff. ebenso wie die Jahre 1949 ff. und 1965 ff. schon heute als drei faszinierende Perioden der vollständigen ideologischen Umwertung gesehen werden müssen. Im Jahre 1978 gab es eine anhaltende Auseinandersetzung zwischen der pragmatischen Mehrheitsfraktion um Deng Xiaoping und der etwa 40% der Politbüromitglieder ausmachenden radikalmaoistischen Restopposition unter der Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Dongxing. Die Presse brachte deutliche Angriffe während des ganzen Jahres auf die "Windgruppe" (Opportunisten), die "Gleiterfraktion", die "Erschüttererfraktion" (Leute, die nach dem Grundsatz handelten: Rebellion ist gerechtfertigt) und "die Fraktion, die den Deckel fest geschlossen hält" (d.h. Obstruktionisten gegen die neue Politik). Die Restopposition wurde wiederholt aufgefordert, Selbstkritik zu üben, sonst werde man ihr dabei "helfen". Dadurch war die Wang-Gruppe in das Dilemma versetzt, entweder diese Selbstkritik zu üben und deshalb in ihrem Einfluß beschnitten zu werden oder sich zu widersetzen und wegen Uneinsichtigkeit ebenfalls die Flügel beschnitten zu bekommen. Aus den Angriffen der Deng-Gruppe gegen die Wang-Fraktion lassen sich die Argumente der Wang-Seite recht genau herauslösen. Im wesentlichen ist es Widerstand gegen Dings Kaderpolitik, d.h. die vollständige Rehabilitierung, die Angriffe auf die Kulturrevolution und den Großen Sprung einschloß, was der in der Kulturrevolution zur Macht gekommenen Restopposition zu weit ging. Ein wesentlicher Punkt war Widerstand gegen Dings Entmaoisierungsbestrebungen, wie sie die theoretische Kampagne zum pragmatischen Glaubensbekenntnis "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" forderte. Der zweite wesentliche Punkt war die neue Politik, die ganz generell der Wang-Gruppe zu weit ging, die sie als Revisionismus und kapitalistischen Weg in gut maoistischem Sinne bezeichnete. Dies betraf ebenso die generelle Umwertung in 17 positive Jahre vor der Kulturrevolution und 10 Jahre des Unglücks wie die Debatte über "Rot und Experte", die die Deng-Gruppe derart kurzgeschlossen hatte, daß Experten, d.h. Fachleute, einfach als rot, d.h. politisch zuverlässig und patriotisch, erklärt wurden. Der Widerstand der Wang-Gruppe betraf die Reform im Erziehungssystem, besonders das Prüfungssystem, eine zu weit

gehende Liberalisierung im kulturellen Bereich, und vor allem den Aufbruch in neue Welten im wirtschaftlichen Bereich, wie die erneute Betonung materieller Anreize, die Genehmigung der Bearbeitung von Privatparzellen auf dem Lande, die weitgehende praktische Demontage des revolutionären Industriemodells Daqing und des landwirtschaftlichen Modells Dazhai. Die am 10.11.1978 begonnene Arbeitskonferenz und das im Dezember abgeschlossene Plenum setzten vor allem die Umwertung des Tiananmen-Zwischenfalls durch, was außerordentlich schwierig war, weil es im Politbüro beträchtlichen Widerstand dagegen gab. Deng hatte Umwege zu gehen und mußte erst das Pekinger Parteikomitee zu einer Umwertung des Beschlusses, der ihn seinerzeit 1976 abgesetzt hatte, erzielen. Die Debatte endete in Machtverschiebungen auf diesen Tagungen, die so zusammenzufassen sind: Hua Guofeng, an sich eng mit der Wang-Gruppe verbunden, wurde von Deng Xiaoping endgültig auf die Seite der Pragmatiker kooptiert, vor allem ausgehend von der Vorstellung, wenn Hua in Personalunion den Posten des Premierministers und des Parteivorsitzenden bewahre (und Deng nicht den Posten des Ministerpräsidenten beanspruche), werde es eine politische Stabilität an der Spitze Chinas mindestens bis in das Jahr 2000 geben. Dies setzte auf der Deng-Seite die Überzeugung voraus, daß Hua befähigt sei, diese Posten wirklich auszufüllen und daß Hua seine Restbindung zu den Radikalen um Wang beschnitt. Dings Methoden zur Ausschaltung der Restopposition auf dem Plenum waren einmal das Einbringen seiner eigenen Leute ins Politbüro und in andere führende Stellungen zusätzlich zu den vorhandenen. Dasselbe Ziel erreichte er durch die Kreierung oder Wiederbelebung neuer Positionen wie der des Generalsekretärs. Im Namen des Themas "Stabilität und Einheit" wurde nach außen erklärt, es gebe keine Veränderungen in der Spitze. Bei genauerem Hinsehen erweist sich nichts falscher als das. Die Deng-Gruppe nahm systematisch der Gruppe um Wang die wichtigsten Funktionen, die sie hatte, weg; übrig blieben nominelle Positionen wie stellvertretender Ministerpräsident, Politbüromitglied, die unterhöhlt waren. Deng, dessen Machtbasis hauptsächlich in der Armee und unter den alten Kadern war, verschaffte sich so zusätzlich den entscheidenden Einfluß über die Mao-Interpretation und den ideologischen Bereich sowie über den Propagandabereich; im Ergebnis war der Einfluß der Restradikalen eliminiert. Das Plenum kündigte ein Jahr des wirtschaftlichen Aufbaus und anschließend eine weitere endgültige Beseitigung übriggebliebener ideologischer Fragen an. Aus den Dokumenten von Ende Dezember und Anfang Januar ist ersichtlich, daß eine Umwertung und Teilrehabilitierung von Maos Erzgegner in der Kulturrevolution Liu Shaoqi sowie die Rehabilitierung von Peng Chen, dem früheren Pekinger Bürgermeister, stattfinden werden, Symbole der maoistischen Politik wie die Kulturrevolution und der Große Sprung werden in gründlicherer Weise als ultralinke Verirrungen verurteilt werden, was zur Schlußfolgerung führt, daß maoistische Massenkampagnen allgemein in der chinesischen Aufbaustrategie der Vergangenheit angehören, wie das Plenum bereits deutlich formulierte. Kulminationspunkt dieser Auseinandersetzung wird eine deutlichere Kritik an Mao sein, der für viele dieser Entwicklungen verantwortlich gemacht wird, der mit faschistisch-diktatorischen Maßnahmen in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens regierte und sich wie ein "feudaler Kaiser" aufführte, der einen prinzipiellen Fehler machte bei